

Interpellation René Kunz, SD, Reinach (Sprecher), und Dr. Dragan Najman, SD, Baden, vom 13. Dezember 2011 betreffend Asylunterkunft in Bettwil – wer verwedelt die Wahrheit?

Text und Begründung:

Die für das Asylwesen zuständige Regierungsrätin Susanne Hochuli hat bisher stets versichert, dass der Kanton Aargau von der Unterbringung von Asylbewerbern in Bettwil völlig überrascht worden sei. In der Aargauer Zeitung vom 9. Dezember 2011 konnte man aber entnehmen, dass der Kanton Aargau dem Bund die Armeeunterkunft in Bettwil von sich aus angeboten habe (Interview der AZ mit dem Migrationschef Mario Gattiker).

In der Aargauer Zeitung vom 10. Dezember 2011 stellt Regierungsrätin Susanne Hochuli die nun endlos scheinende "Bettwiler-Asyl-Geschichte" wieder umgekehrt dar, nämlich (wörtliches Zitat aus der AZ), "...dass der Kanton Aargau den Bund wiederholt aufgefordert habe, seine Flexibilität in Bezug auf die Öffnung von nicht oder kaum genutzten militärischen Anlagen zu erhöhen" (Zitatende).

Nicht nur die Interpellanten, sondern sicher auch der Gemeinderat Bettwil und die Aargauer Bevölkerung fragen sich nun, wer hier die Unwahrheit sagt. Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass die Aargauer Militärdirektorin oder der Chef des Bundesamtes für Migration den Gemeinderat Bettwil und die Aargauer Bevölkerung hinters Licht geführt haben, stellt sich die berechtigte Frage, ob eine solche Person in einem öffentlichen Amt noch tragbar ist.

Die Interpellanten bitten den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde der Bettwiler Gemeinderat bisher in genügender Weise über die genauen Absichten von Bund und Kanton bezüglich der Asylunterkunft informiert?
2. Hat die Gemeinde Bettwil bezüglich Einrichtung einer Asylunterkunft ein Mitsprache oder gar Vetorecht?
3. Werden die Behörden der umliegenden Gemeinden Fahrwangen, Meisterschwanden und Sarmenstorf, welche auch bereits öffentlich ihren Unmut über die Asylunterkunft in Bettwil geäußert haben, in die "Bettwiler-Asylunterkunftsdiskussion" miteinbezogen? Wenn nein, warum nicht?
4. Ist der Regierungsrat allenfalls bereit, den Widerstand der Bettwiler Bevölkerung gegen die Asylunterkunft mit Einsatz von Gewalt (Polizeieinsatz) zu brechen?

Die Interpellanten verlangen zudem vom Regierungsrat eine rasche und sachdienliche Stellungnahme zur Vorgehensweise; bitte mit detaillierten und chronologisch aufgeführten Angaben zu den Abmachungen zwischen dem Kanton Aargau und dem Bundesamt für Migration!
